

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Richard Drobner
Herausgeber: Carl Drobner
Verlag: Carl Drobner, Dresden
Königsplatz 10

Druck: Carl Drobner, Dresden
Königsplatz 10
Telefon: 1111

Druck: Carl Drobner, Dresden
Königsplatz 10
Telefon: 1111

Das Reichskabinett antwortet England

Konferenz nur unter Voraussetzungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Okt. Das Reichskabinett hat heute beschlossen, an der von England nach London einberufenen Konferenz unter bestimmten Voraussetzungen teilzunehmen. Diese Voraussetzungen gehen dahin, daß England und Frankreich die Ausfällungen ihrer Noten, mit denen sie das deutsche Memorandum auf Gleichberechtigung beantworteten, nicht zur Wallis der Londoner Verhandlungen machen.

Die Bereitschaft Deutschlands zur Teilnahme unter diesen Voraussetzungen bedeutet kein Abweichen von der bisher eingenommenen Linie, da Deutschland nicht daran denkt, über die Themen, die zum Arbeitsgebiet der Abrüstungskonferenz selbst gehören, zu verhandeln. Da man glaubt, in der Londoner Konferenz eine Möglichkeit zur Förderung des Strebens auf Gleichberechtigung sehen zu können, will man sich diese Möglichkeit nicht entgehen lassen, um den deutschen Standpunkt nochmals eingehend darzulegen. Ob England bereit ist, unter diesen Voraussetzungen die Einladungen an Deutschland aufrechtzuerhalten, steht im Augenblick noch dahin. Sollte Deutschland entgegenkommen abgelehnt werden, so wäre der Beweis gebracht, daß die Großmächte Deutschland in wehrpolitischer Hinsicht weiterhin zu verwerflichen Gedanken. Da man zunächst die Antwort Englands, das zweifellos den deutschen Vorschlag zum Gegenstand einer Prüfungnahme mit Frankreich machen wird, abwarten muß, läßt sich noch kein endgültiger Termin für die Konferenz in London nennen. Es ist aber anzunehmen, daß vor übermächter Woche die Vertreter der Großmächte nicht in London zusammenkommen können.

In den übrigen Beratungen des Kabinetts über wirtschaftspolitische Fragen wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Das gilt besonders auch für die Beratung des sogenannten Gerekesehen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Wegen des, wie es scheint, von der Reichsbank doch währungspolitische Bedenken erhoben werden. Weiter besteht sich das Kabinett mit einer Reihe von Vorschlägen, die das Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet hat und in Form einer Notverordnung gewisse Härten beseitigen sollen, die die bisherigen Notverordnungen mit sich brachten. Es handelt sich dabei unter anderem bei

der Krankenversicherung um Bestimmungen über das Familiengeld und die Krankenbehandlung. Außerdem ist entsprechend der Aufkündigung des Reichsanwalters an eine

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

gedacht. Eine solche Erhöhung ist für den Zeitpunkt in Aussicht genommen, in dem die Arbeitslosen gleichbleibend oder geringer werden. — Auch die Härten, die sich aus der Verordnung über die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsmöglichkeit ergeben haben, sollen eine Abänderung erfahren; die Wünsche der Arbeitnehmerschaft werden nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Da aber noch gewisse Vorarbeiten notwendig sind, werden diese Dinge erst in einer der nächsten Kabinettsitzungen zur endgültigen Entscheidung gelangen können.

Ein demokratisches Berliner Blatt wußte heute von der Möglichkeit eines Rücktritts des Reichernährungsministers Freiherrn v. Braun zu berichten, weil im Kabinett eine erhebliche Veräglichung gegenüber dem Ernährungsminister bestünde, dessen handelspolitische Einstellung für die Konflikte mit Holland und Italien verantwortlich gemacht wird. Diese Angaben erschließen, wie an ausländischer Stelle betont wird, schon deshalb legistischer Natur, weil ja die Agrarhilfsmassnahmen vom Gesamtkabinett beschlossen worden sind, so daß für die Schwierigkeiten, die sich mit einzelnen Vordern ergeben haben, nicht der Reichernährungsminister verantwortlich gemacht werden kann. Ein Rücktritt des Freiherrn v. Braun kommt jedenfalls nicht in Frage.

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, beabsichtigt die Reichsregierung, Dr. Schacht in einer mehr oder weniger amtlichen Form als Vizepräsidenten der Reichsbankregierung mit der Regelung der Frage der deutschen Auslandskredite zu beauftragen. Eine Befestigung dieser Weisung war an ausländischer Stelle nicht zu erlangen. Es steht jedoch fest, daß Dr. Schacht zur Zeit in London weilte.

Wie wir erfahren, ist die deutsche Antwortnote auf die britische Einladung heute abend dem britischen Gesandtschaftsträger in Berlin überreicht worden. Die Note wird voraussichtlich morgen veröffentlicht werden.

Amerika will sich nicht beteiligen

„Hände weg!“ - Unterstützung des französischen Standpunktes?

Washington, 7. Oktober. Die Frage, welche Haltung die Regierung der Vereinigten Staaten zu der geplanten Londoner Abrüstungskonferenz einnehmen werde, wird durch eine Erklärung hoher Beamter des Staatsdepartements klargestellt, die am Freitag an die Presse gegeben wurde.

Die Vereinigten Staaten werden hiernach sich an der Londoner Abrüstungskonferenz nicht beteiligen und eine Haltung einnehmen, die man hier als „hands-off“ Politik bezeichnet (Händeweg-Politik).

Dies geschähe, um nicht in die Intrigen Europas verwickelt zu werden, die sich bereits jetzt, noch vor Zusammentritt der Konferenz, bemerkbar gemacht hätten. Das Staatsdepartement erklärte, es habe das allergrößte Interesse an einer deutsch-französischen Einigung, damit sich Doovers Abrüstungsplan verwirklichen lasse. Es

sei jedoch zu befürchten, daß die Londoner Konferenz eine schwere Verlastungsprobe für die Politik Doovers und Simons in Bezug auf die Weltabstimmung und die Heiligkeit der Verträge darstellen werde. Verschiedene hohe Beamte des Staatsdepartements gingen sogar so weit, den französischen Standpunkt zu verteidigen und zu erklären, daß die deutsche Haltung eine Verletzung des Versailles Vertrages bedeute.

Die Vereinigten Staaten befürchten offenbar, daß sie in ihrer fernöstlichen Politik von den Engländern nicht mehr unterstützt würden, und glauben daher, sich auf die französische Seite schlagen zu müssen.

Allgemein ist in Amerika die Ansicht verbreitet, daß die Londoner Konferenz, falls sie doch noch zustande kommt, wegen der deutsch-französischen Gegensätze keine greifbaren Ergebnisse zeitigen wird.

Ein russischer Fürst Agent der CIA.

Bolschewistische Organisation in Sofia

Sofia, 7. Okt. Die bulgarische Polizei ist einer bolschewistischen Spionageorganisation auf die Spur gekommen, in die mehrere Abgeordnete der bulgarischen Arbeiterpartei und ein in Sofia lebender Russe, Fürst Pohanoff, verwickelt sind. Fürst Pohanoff, der in der Sowjet-Gesellschaft und im diplomatischen Korps als Botschaftsattaché und im diplomatischen Korps als Botschaftsattaché ausgesandete Verbindungen hatte, wurde mit zwei anderen aus Wien angereisten Russen festgenommen. Bei der Untersuchung erwies sich,

daß die drei Russen, die als übergenante Anhänger des kaiserlichen Rußland gelten, in Wirklichkeit Agenten der CIA waren,

die den Auftrag hatten, die wehrlose Militärgesellschaft in Bulgarien zu bespielen. Fürst Pohanoff hatte lange Zeit die bulgarische Presse der wehrlosen Militärgesellschaft in Sofia ausgenutzt und seinen vielen Auftraggebern umfangreiches Material über die wehrlose Militärgesellschaft und deren Verbindungen mit dem russischen Nachrichtendienst zugeführt. Die Verbindungen, die Fürst Pohanoff mit einigen ausländischen Gesandtschaften hatte, die sich für ihn einsetzten, verhalfen ihm zu einer nachsichtigen Behandlung durch die bulgarische Polizei. Er wurde auf freien Fuß gesetzt,

während seine beiden Auftraggeber ausgewiesen wurden. Inhaft verblieben ist ein bulgarischer kommunistischer Abgeordneter.

Zwei andere Abgeordnete sind spurlos verschwunden und werden von der Polizei gesucht. Der eigentliche Leiter der Angelegenheit, die in Sofia großes Aufsehen erregt, ist die französische Gesandtschaft, bei der Fürst Pohanoff volles Vertrauen genoßen hat. In der Tat hat er sich herabgelassen, daß die enge Zusammenarbeit zwischen dem Stab des wehrlosen Militärgesellschaft in Bulgarien und gewissen französischen Stellen, die den bulgarischen Behörden aus Gründen der Landesverteidigung schon lange ein Dorn im Auge ist, durch die Organisation des Fürsten Pohanoff Jug um Jug den Bolschewisten bekannt gemacht wurde.

Empfang beim Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg empfing den Präsidenten des Reichskuratoriums für Jugendberückung, General der Inf. a. D. Edwin von Sillpnagel.

Das „Nebel“-Wort unbrauchbar. Die Untersuchung des Wands der „Nebel“ hat ergeben, daß eine Wiederwendung des Schiffes ausgeschlossen ist. Es muß daher ein neues Segelschiff gebaut werden.

Gerekese Arbeitsbeschaffungsplan

Die letzten amtlichen Verlautbarungen besagen, daß in den ersten vierzehn Tagen seit Inkrafttreten der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft 13 000 Arbeiter neu in den Produktionsprozess eingereiht worden sind. Der Plan der Reichsregierung geht jedoch dahin, in diesem Winter die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen zu verringern. Reichskanzler v. Papen hält mit einem entschlossenen Optimismus an dieser Zahl fest. Er weiß, daß dieses Ziel ein großes Risiko in sich birgt. Aber er stellt sich auf den Standpunkt, daß niemals etwas ohne ein gewisses Maß an Unannehmlichkeiten ist. Und er betont bei jeder Gelegenheit, daß alles, was wir jetzt nötig hätten, Mut und Vertrauen sei. Auf drei Tatsachen baut sich dieser Optimismus auf.

Erstens auf der Annahme, daß die Krise ihren Tiefstand erreicht habe. Diese Ansicht hat viele Wahrscheinlichkeiten für sich. Sie beruht auf den genauen Forschungen der deutschen und ausländischen Wirtschaftsexperten, die übereinstimmend das Ende der großen Weltkrise feststellen. Aber offen bleibt die Frage, in welchem Tempo die Erholung eintritt. Nach den immer neuen Störungen, die der Weltmarkt erleidet, ist es möglich, daß ein Konjunkturanstieg in viel langsamerer Bahn erfolgt, als von Seiten der Regierung erwartet wird. Dazu kommt, daß die Rückschläge durchaus nicht ausgeschlossen sind. Der neue Anstieg wird sich nicht in einer geraden Linie, sondern wellenförmig vollziehen. Das weiß natürlich auch die Regierung.

Die zweite Tatsache, auf die sich die Hoffnung der Regierung stützt, ist, daß ihr Wirtschaftskreislauf das Ende der Deflation bedeutet. Durch das System der Steuererlässe sollen zwei Milliarden der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, zu denen noch eine Dreiviertelmilliarde für öffentliche Arbeitsbeschaffung tritt. Tatsachen, die wohl geeignet sind, die Unternehmungslust zu fördern, wenn auf der anderen Seite auch die Möglichkeit einer neuen Deflation als gegeben angesehen werden kann. Worauf es also entscheidend ankommt, ist die Frage, ob die Wirtschaftskraft durch die Regierungsmassnahmen rasch genug gehoben wird, damit einer vermehrten Produktion eine vermehrte Nachfrage gegenübersteht. Bedarf ist mehr als genug vorhanden. Namentlich die Millionen von Dauererwerbslosen, die vor der Gefahr stehen, in den dritten Winter zu gehen, haben die letzten Reserven erschöpft. Ihre Wiedereinreihung in den Produktionsprozess würde die restlose Umwandlung der ihnen gezahlten Löhne in die wirtschaftsbelebende Nachfrage zur Folge haben. Dazu kommt die dritte Tatsache, mit der die Regierung ihren Optimismus rechtfertigt: Deutschland habe keine Reparationen mehr zu zahlen, könne also die im Lande geschaffene Kaufkraft von jetzt ab voll für die eigene Wirtschaft verwenden.

Es ist nun keineswegs verwunderlich, daß ein so optimistischer Plan, wie die Ankurbelung unserer völlig ausgebluteten Wirtschaft, kurz vor dem dritten Winter keineswegs ohne Hindernisse und Störungen durchgeföhrt werden kann. Und es hat an solchen inner- und außenpolitischen Krisen keineswegs gefehlt. Kritisch wurde vor allem bemängelt, daß die bereits erwähnte Zahl von nur 13 000 Neueinstellungen beweise, wie gering die Ankurbelungsmöglichkeiten seien und wie wenig der Optimismus der Regierung gerechtfertigt sei. Am besondern wurde darauf hingewiesen, daß die mit der Neueinstellung verbundenen Lohnsenkungen die Ankurbelungsmaßnahmen hinsichtlich machen, weil sie die Massenkaufkraft auf ein Niveau drücken würden, das keine genügende Nachfrage nach neuematerialen Gütern aufkommen lasse. Der Beweis dafür wird vielfach in den vielen, allerdings meist kleineren, „wilden“ Streiks gesehen, die im Zusammenhang mit dem Lohnabbau aus der Notverordnung fast überall entstanden sind. Dazu haben einige größere Streiks, Kassen erregt, die allerdings, wie der Verkehrsstreik, aus anderen Motiven entsprungen sind, nämlich dem des Abbaus von Tarifen, die jetzt erst an die bereits von Pränting verordnete allgemeine Lohnsenkung angepaßt werden sollen. Da Streiks in der Krise zur Seltenheit geworden sind, haben sie ein über ihre Bedeutung hinausgehendes Interesse in der Öffentlichkeit gefunden. Die wilden Streiks, die wegen des Lohnabbaus aus der letzten Notverordnung ausgebrochen sind, stehen jedenfalls in keinem Verhältnis zu der Gesamtzahl der von den Kürzungen betroffenen Betriebe, in denen die Ruhe nicht geändert wurde. Aber selbstverständlich bezeugen die Streiks immerhin, daß so tief einschneidende Maßnahmen einem um so größeren Mißtrauen bei den Betroffenen begegnen, je stärker die Kräfte sind, die die Regierung grundtätig ablehnen.

Ferner wird vielfach die Ansicht vertreten, der Plan Papens habe sich wegen der geringen Anfangserfolge als ein Fehlschlag erwiesen. Auch sie ist im Grunde verfehlt. Man muß natürlich erst eine Anzahl Jahre abwarten, ehe man ein endgültiges Urteil fällen kann. Das gilt um so mehr, als in Betracht gezogen werden muß, daß zwar die Bestimmungen über Lohnabbau schon am 15. September in Kraft getreten sind, jedoch die Einsetzungsprämien erst ab 1. Oktober gleichzeitig mit der Ausgabe der Steuererlässe in Geltung treten. Nun werden zweifellos viele Unternehmungen mit Neueinstellungen erwartet haben, bis sie beide Vorteile, Lohnsenkung und Einsetzungsprämie, gleichzeitig